Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mess-Auflage 19,000
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 128. Freitag den 8. Mai 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Meldung zur **Räumung der Abortgruben** an die Abfuhranstalten geschieht in den meisten Fällen erst dann, wenn die Grube ziemlich voll ist, und haben sich in letzter Zeit vielfache aus dieser Gewohnheit entspringende Uebelstände, die mit dem Ueberlaufen der Grube verknüpft sind, gezeigt.

Wir sehen uns daher veranlaßt, die Hausbesitzer und Administratoren von Hausgrundstücken, bez. die Hausmänner hierdurch aufzufordern, den Stand der Grube öfters zu controliren, sowie die Bestellungen zur Räumung derselben **wenigstens** 8 Tage vor Eintritt der Ueberfüllung an die Abfuhranstalten ergehen zu lassen.

Leipzig, den 3. Mai 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner Herr **Georg Wiedner**, Berliner Straße Nr. 6, Sout., zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 5. Mai 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Dampfkesselheizung in der hiesigen Stadtwasserkunst auf die Zeit vom 1. Juli 1885 bis mit 30. Juni 1886 erforderlichen circa 40,000 Centner — 2,000,000 Kilogramm Steinkohlen soll vorbehältlich der Auswahl unter den Submittenten an den Mindestfordernden vergeben werden.

Offerten sind bis zu dem

30. Mai ds. Js. Abends 5 Uhr

schriftlich und versiegelt mit der Aufschrift:

„Kohlenlieferung der Stadtwasserkunst"

an das Bureau der Stadtwasserkunst (Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3, III. Etage, Zimmer 142) abzugeben, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 21. April 1885.

Des Raths Deputation zur Wasserkunst.

Ausstellung von Mustern für den chinesischen Markt geeigneter Waaren.

Durch das Königl. Ministerium des Innern ist der Handelskammer eine Sammlung von Mustern in China marktgängiger Waaren zugegangen; dieselben sind **vom heute ab bis zum 10. d. M.** täglich von 10 bis 1 und von 2 bis 5 Uhr im kleinen Saale des **Kaufmännischen Vereins**, Schulstraße 3, ausgestellt. Diejenigen, welche daran Interesse nehmen, werden hierdurch zum Besuch der Ausstellung eingeladen.

Leipzig, den 5. Mai 1885.

Die Handelskammer.
Gorz,
stellv. Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

Oeffentliche Verpachtung.

Das der Kloster Berge'schen Stiftung gehörige, im Kreise Wanzleben (Eisenbahn-Station Dodendorf) belegene Gut **Süllsdorf** wird mit dem 1. Juli 1886 **pachtlos** und soll von da ab auf 18 aufeinanderfolgende Jahre neu verpachtet werden.

Zur Abgabe der Pachtgebote ist vor unserm Commissarius, dem Verwaltungsrath Herrn Regierungsrath **Schuppe** und dem Justitiarius Herrn Consistorialrath **Nitze**,

Termin auf den 25. Juni d. J.,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Sitzungszimmer, Domplatz Nr. 4 hierselbst,

anberaumt.

a. Das Gutsareal beträgt im Ganzen 255 ha 22 a 90 qm Land.

b. Die Pachtbedingungen und zugehörigen Verzeichnisse, sowie die Licitationsbedingungen können in unserer Registratur beim Herrn Canzleirath **Koch**, sowie in Süllsdorf bei dem jetzigen Pächter Herrn Amtsrath **Schaeper**, welcher auch zur örtlichen Information bereit ist, eingesehen werden.

c. Das Pachtgelder-Minimum ist auf 26,400 ℳ, das nachzuweisende disponible Vermögen des Pächters auf 145,000 ℳ, die Pachtcaution auf diejenige Summe, welche dem auf die nächst höheren Hundert abgerundeten Betrage des jährlichen Pachtzinses gleich ist, und die etwa zu erlegende Bietercaution auf 5000 ℳ festgesetzt.

Zur Bewirthschaftung qualificirte Pachtbewerber werden zu dem gedachten Termine eingeladen.

Die Schließung des Termins erfolgt, sofern ein Meistgebot bis dahin erzielt ist, um 12 Uhr Mittags.

Magdeburg, 30. April 1885.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.
Goebel. M.

Post-Neubau zu Weißenfels.

Zum Neubau eines Post- und Telegraphengebäudes zu Weißenfels sollen die **Steinmetzarbeiten** im Wege der **öffentlichen** Ausbietung verdungen werden.

Die Zeichnungen und Bedingungen für die Ausführung können im Bauburean des Post-Neubaues zu Weißenfels während der Dienststunden eingesehen werden. Ebendaher sind auch die mit den Preisen auszufüllenden Auszüge aus dem Kostenanschlage zu beziehen.

Die Angebote sind bis zum **21. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr** an das Kaiserliche Postamt zu Weißenfels verschlossen, versiegelt und portofrei einzusenden. Zur genannten Stunde findet die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter statt.

Erfurt, 6. Mai 1885.

Der Kaiserliche Postbaurath.
Neumann.

Nichtamtlicher Theil.

Aus dem Reichstage.

Die Reichstagssitzung vom 6. Mai war von besonderem Interesse durch die Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Eugen Richter, Kayser und v. Vollmar über die Lage der socialdemokratischen Partei. An die Aeußerung des Abgeordneten Kayser anknüpfend, daß die deutschfreisinnige Presse bei den Wahlen die Socialdemokraten um Hilfe angewinselt habe, sagte Richter, daß die socialdemokratische Partei nur durch das Socialistengesetz zusammengehalten werde, ohne dieses würden sich die einzelnen Elemente der Socialdemokratie längst unter einander bekämpft und vernichtet haben. Der socialdemokratische Abgeordnete v. Vollmar erwiderte darauf, es sei Thatsache, daß bei den letzten Wahlen alle Parteien nach den Socialdemokraten geschielt hätten, und als diese Worte von der rechten Seite des Hauses belacht wurden, rief Herr v. Vollmar: „Ja, lachen Sie nur, in zwei Jahren werden wir lachen! Versuchen Sie es doch, das Socialistengesetz aufzuheben, dann wird man ja sehen, wie es mit der Socialdemokratie steht. So oft man von Spaltungen in der socialdemokratischen Partei gesprochen hat, ist sie am stärksten gewesen."

Nach den ermüdenden Debatten über die Zolltarifnovelle war dies der erste frische Luftzug, welcher wieder durch den Reichstag ging, die Berathungen schienen in Folge ihrer Langweiligkeit einschlafen zu wollen. Ein Vorspiel zu dem vorgestrigen Geplänkel zwischen Conservativen, Deutschfreisinnigen und Socialdemokraten hatte schon einige Tage zuvor stattgefunden, als der Abgeordnete v. Malzahn-Gülz den Socialdemokraten Lässigkeit in der Ausübung ihrer Pflichten als Volksvertreter vorgeworfen und der Abgeordnete Auer darauf mit der Beschuldigung antwortete: „Während die Socialdemokraten die Rechte des Volkes vertheidigen, unternehmen Sie einen Raubzug gegen das Volk". Aus diesen Zwiegesprächen erhellt, daß die Parteigegensätze an ihrer Schärfe noch nichts verloren haben; es scheint sogar, daß die Verhandlungen über die Zolltarifnovelle bedeutend zur Steigerung der vorhandenen Gegensätze beigetragen haben. Ob solche Wortgefechte zweckmäßig und förderlich sind für die Erfüllung der Aufgaben des Reichstages, darf bezweifelt werden, aber das Gute haben sie wenigstens, daß dabei die wahre Meinung der Streitenden vollständig zum Ausdruck kommt. Herr v. Vollmar schloß seine Brandrede mit der Beschuldigung, daß die conservative Partei die Lebensmittel vertheure und Polizeigesetze unter dem Vorwande mache, durch die Socialreform die berechtigten Ansprüche der Arbeiter abzuspeisen.

Das klang allerdings sehr wesentlich anders als der Ton, welcher bei Einbringung des Arbeiterschutzgesetzes von den Socialdemokraten angeschlagen wurde. Damals schien es, als ob die Partei sich thätig an den Arbeiten des Reichstags betheiligen und den Versuch einer Lösung der bestehenden Schwierigkeiten auf gesetzlichem Wege machen wollte. Von solchen Versuchen hat der Abgeordnete v. Vollmar niemals viel gehalten, er ist vielmehr der Mann der That, welcher die Lösung der socialen Frage nur von der Gewalt erwartet.

Deshalb ist auch die Haltung dieses Abgeordneten mehr nach dem Geschmacke des in Zürich erscheinenden „Socialdemokrat", welcher neulich der socialdemokratischen Fraction im Reichstage den Vorwurf machte, daß sie die revolutionaire Bewegung in den Sumpf des Parlamentarismus leite, in welchem schon frühere Arbeiterbewegungen elendiglich zu Grunde gegangen seien. Die Parteigenossen sollten zeigen, daß sie sich nicht nur von der Phrase, sondern auch von den sogenannten Führern losgesagt hätten, die weiter nichts seien als der Partei verantwortliche Abgeordnete. Darauf haben es denn die socialdemokratischen Reichstagsmitglieder für gerathen gefunden, sich mit der Redaction des „Socialdemokrat" über eine Erklärung des Inhalts zu einigen, daß nach wie vor das Verhältniß brüderlichen Zusammenwirkens in der Partei bestehe und daß ihre Einigkeit ungetrübt sei. Der revolutionaire Geist hat also in der neuesten Zeit in der socialdemokratischen Partei entschieden wieder die Oberhand über die versöhnlicheren Bestrebungen gewonnen, und es besteht die Gefahr, daß diese Bewegung, die eine Zeit lang zurückgedrängt zu sein schien, wieder neue Kraft gewinnt. Ein Theil der socialdemokratischen Abgeordneten, und das sind offenbar die gemäßigteren Elemente der Partei, sind mit dem Tempo der Socialreform nicht zufrieden, es dauert ihnen zu lange, bis das Arbeiterinvalidengesetz fertig wird. Daher der Antrag Kayser, man möge den Ertrag aus der Salzsteuer zur Ansammlung eines Arbeiter-Invalidenfonds benutzen, welcher bis zum Erlaß des Arbeiter-Invalidengesetzes zinsbar anzulegen sei.

Es ist ja sehr wünschenswerth, daß die Socialreform so bald als möglich auch nach dieser Richtung hin fertiggestellt wird, aber dazu sind eben noch Vorbedingungen zu erfüllen, vor allen Dingen muß das Unfallversicherungsgesetz erst auf alle Kategorien von Arbeitern ausgedehnt sein und in vollem Umfange in Kraft treten. Daß dies nicht schneller möglich ist, als geschieht, hat die Erfahrung bewiesen, weil die Schwierigkeiten der Ausführung größer sind, als man erwartet hat. Die Zolltarifnovelle hat auf die Socialdemokraten sehr verstimmend gewirkt, das ist aus den Erklärungen des Abgeordneten Auer und v. Vollmar zu entnehmen, welche ihrem Unmuth ungeschminkten Ausdruck gegeben haben.

Wir stehen unmittelbar vor dem Ende der Session des Reichstages; denn die Unmöglichkeit, den Reichstag in beschlußfähiger Form über Pfingsten hinaus zusammenzuhalten, ist klar erwiesen durch die leeren Bänke während der Verhandlungen seit Beendigung der Osterferien. Es ist eine allgemeine Ermüdung über die Abgeordneten gekommen, welche durch lange angestrengte Thätigkeit ihre genügende Erklärung findet. Charakteristisch für den letzten Abschnitt der Session ist das Wiedererwachen der längere Zeit ruhenden socialdemokratischen Agitation. Die Socialdemokraten im Reichstage legten großen Werth darauf, daß ihre Wünsche und Bestrebungen mit denen der Anarchisten nicht in einen Topf geworfen wurden, sie lehnten jede Gemeinschaft mit diesen Leuten ab. Damit war aber der Züricher „Socialdemokrat" nicht einverstanden, er nannte das Phrase und rieth den Parteigenossen, sich von den Führern loszusagen, welche die revolutionaire Bewegung in den Sumpf des Parlamentarismus leiten wollen. Revolution und parlamentarische Discussion vertragen sich allerdings nicht miteinander oder wenigstens nur dann, wenn die Revolutionaire im Parlament die Oberhand haben, wie im französischen Convent. Das ist bei uns glücklicherweise nicht der Fall und deshalb räth der „Socialdemokrat" den Parteigenossen, die Revolution außerhalb des Parlaments zum Abschluß zu bringen. Damit wären wir denn wieder bei dem Kampf der Socialisten gegen die Bourgeoisie angelangt, einem Kampf, der mit Dynamit und Gewalt in jeglicher Form zu führen wäre, wie ihn die Kammerer und Stellmacher, die Reinsdorf und die Mörder des Polizeiraths Rumpff geführt haben.

Mit der Brandrede Vollmar's im Reichstage fällt der Steinwurf des beschäftigungslosen Arbeiters aus Magnit zusammen, durch welchen eine Fensterscheibe im kaiserlichen Palais in Berlin zertrümmert worden ist. Das ist zugleich eine Warnung, etwa zu glauben, daß die socialdemokratische Bewegung an Gefährlichkeit verloren hat. Die gegenwärtige Ruhe ist in der Hauptsache nur eine Erscheinung, welche sich in allen Perioden der menschlichen Entwickelung gezeigt hat. Auf eine Zeit der Agitation und Action ist stets eine Zeit der Reaction und Abspannung gefolgt, um dann einer erneuten Unruhe und verschärften Action Platz zu machen. Die socialdemokratische Bewegung erheischt nach wie vor die gespannteste Aufmerksamkeit, man möge sich ja nicht zu verfrühten und gänzlich unbegründeten Hoffnungen verleiten lassen.

Leipzig, 8. Mai 1885.

* Der **Bundesrath** hielt am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretairs des Innern v. Bötticher, wie schon erwähnt, eine Plenarsitzung ab. Die Versammlung nahm von einer Eingabe wegen Herabsetzung der Steuer auf inländischen und Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak Kenntniß und erklärte sich mit der bereits erfolgten Ueberweisung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1885/86 an die Ausschüsse für Rechnungswesen und für Eisenbahnwesen einverstanden. Die Vorlage, betreffend den zu Berlin am 29. April d. J. unterzeichneten Vertrag mit Belgien wegen Bestrafung der von den gegenseitigen Angehörigen begangenen Forst-, Feld-, Fischerei- und Jagdfrevel, wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen überwiesen. Hierauf gelangten die vorgelegten beiden Gesetzentwürfe wegen Abänderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafproceßordnung im Wesentlichen nach den Anträgen der Ausschüsse zur Annahme. Endlich wurde dem Entwurf einer Verordnung wegen Ergänzung der Ausführungs-Bestimmungen zu dem Gesetz über die Kriegsleistungen die Zustimmung ertheilt.

* Wie man nachträglich erfährt, hat bei der ersten Verhandlung des **Bundesrathes** über die Wiedereinführung der Berufung der weimarische Bevollmächtigte erklärt, daß die großherzogliche Regierung zu der Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern zwar grundsätzlich sich nicht ablehnend verhalte, daß aber nach ihrer Ansicht eine entsprechende Aenderung des Instanzenzuges nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Revision der Strafproceßordnung zweckmäßig herbeizuführen sei, und daß die Lösung der Berufungsfrage um so mehr bis dahin ausgesetzt werden könne, als noch den in den thüringischen Staaten und speciell auch im Großherzogthume gemachten Erfahrungen ein dringendes Bedürfniß der Aenderung des bestehenden Systems der Rechtsmittel nicht hervorgetreten sei. Dieser Erklärung traten die Bevollmächtigten von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß j. L. bei.

* Fürst **Bismarck** beabsichtigt sich demnächst auf einige Tage nach Schönhausen zu begeben.

* Wie die „Nationalzeitung" erfährt, soll der **Bremer Lloyd**, falls ihm die beiden subventionirten Dampferlinien übertragen werden, sechs neue Schiffe, die in Deutschland gebaut werden, einzustellen beabsichtigen.

* Anknüpfend an eine Petition, haben die socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten den Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, noch im Laufe dieser Legislaturperiode dem Reichstag ein Gesetz, betreffend die **Vermehrung der Mitgliederzahl des Reichstages**, vorzulegen.

* **Officiös** wird aus **Berlin** geschrieben:

Mit großer Genugthuung haben wir aus den letzten Correspondenzen aus Petersburg und London ersehen, daß die noch vor Kurzem drohenden Kriegsgewitter im Abzuge begriffen sind und der politische Himmel sich aufzuklären beginnt. Wir Deutsche haben in erster Reihe Grund, diese Thatsache mit Freuden zu begrüßen. Ein Krieg zwischen zwei so gewaltigen Mächten wie England und Rußland wäre eine europäische Calamität gewesen, und zwar auch dann, wenn es — was Niemand berechnen kann — den dritten Staaten gelungen wäre, sich von jeder Contagion frei zu halten. Der Handel und die Industrie hätten selbst unter einem auf Rußland und England beschränkten Kriege schwer leiden müssen, und für Jahre hinaus wäre ein Rückgang unseres Wohlstandes unvermeidlich gewesen. Besonders verderbliche Wirkungen aber hätte ein selbst localisirter Krieg für Deutschland zur Folge haben müssen. Wir sind mit England sowohl als mit Rußland befreundet; wir stehen mit beiden in den zahlreichsten directen Handelsbeziehungen; Rußland ist unser nächster Nachbar auf einer ausgedehnten Grenze, und last not least ein sehr erheblicher Theil deutscher Ersparnisse ist in russischen Papieren angelegt. Die prompte Art und Weise, in der Rußland zu allen Zeiten, in Krieg und Frieden, seinen Zins-Verpflichtungen nachgekommen ist, hat dem russischen Credit in Deutschland ein großes Vertrauen zugewendet. Wir haben also alle Veranlassung, uns der Verständigung zwischen England und Rußland zu freuen und zu wünschen, daß dieselbe zur vollen Sicherstellung des Friedens führe. Ein wesentliches Verdienst an der Erhaltung des Friedens dürfte der Festigkeit zuzuschreiben sein, mit der die Pforte sich entschlossen zeigte, ihre Neutralität zu wahren. Die Kriegspartei in England würde vielleicht die Oberhand gewonnen haben, wenn man hätte erwarten dürfen, daß die englische Flotte sich den Zugang zum Schwarzen Meere und damit die Möglichkeit eines Angriffs auf die russischen Häfen dort verschaffen könnte. So lange das Schwarze Meer geschlossen ist, ist es für eine Seemacht schwer, Rußland in einer wirksamen Weise anzugreifen. An der Küste wäre ohne hinreichend starke Landungstruppen eine Wirkung, die Rußland friedensbedürftig machen könnte, schwerlich zu erreichen, und der Angriff auf Rußland in Asien würde, auch wenn bei den Alghanen der beste Wille und der größte Kriegseifer vorhanden wären, immer ein für das russische Reich ganz ungefährliches Beginnen bleiben. Dieselben Steppen, welche ein Hinderniß russischen Vordringens nach Süden und Osten sind, bilden zugleich ein unüberwindliches Hinderniß für eine gegen Rußland gerichtete Invasion. Man kann also annehmen, daß die jetzt vertragsmäßig giltigen Bestimmungen über die Neutralität der türkischen Meerengen der Erhaltung des Friedens von Europa einen wesentlichen Dienst erwiesen haben. Wie weit das Kriegsfeuer um sich gegriffen hätte, wenn einmal der Brand ausgebrochen war, entzieht sich, wie gesagt, der Berechnung und unter Umständen dem Einfluß der Politik, und schon deshalb sind die friedlichen Aussichten, die sich heute darbieten, für das ganze Europa als erfreuliche und günstige zu begrüßen, ganz abgesehen von den wirthschaftlichen Schäden, die jeder große Krieg für alle europäischen Staaten im Gefolge gehabt haben würde.

* Aus **Kiel**, 5. Mai, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: „Die Nachricht der „Hongkong Daily Preß" über einen Zusammenstoß von Mannschaften der Kreuzer-Fregatte „Elisabeth", Commandant Capitain z. S. Schering, mit Eingeborenen auf Neubritannien oder New-Guinea, der für die „Elisabeth" einen Verlust von 13 Mann im Gefolge gehabt, findet auch hier keinen Glauben. Die „Elisabeth", ein Seecadettenschulschiff, ist in diesem Jahre in den australischen Gewässern nicht gewesen, die Flaggenhissung ist im vorigen Jahre erfolgt, während die „Elisabeth" sich auf der Reise von Sidney nach Yokohama befand. Am 2. Januar traf die „Elisabeth" in Yokohama ein, ging am 14. Februar nach Hongkong weiter, wo 10 Tage später die Ankunft erfolgte. Hätte Capitain Schering einen Verlust an Mannschaften zu erleiden gehabt, so hätte er das selbstverständlich bereits am 2. Januar telegraphirt. Inzwischen sind auch Privatnachrichten von der „Elisabeth" eingetroffen, die von blutigen Zwischenfällen nichts wissen. So falsche Gerüchte über unsere Schiffe würden in Deutschland nirgends Glauben finden, wenn die Admiralität etwas mittheilsamer sein möchte. Unter der früheren Verwaltung bildeten die Berichte der Commandanten S. M. Schiffe einen sehr werthvollen Theil des Inhalts der Beihefte zum „Marine-Verordnungsblatt"; sie sind in den letzten Jahren immer seltener geworden, und seit einiger Zeit sind sie ganz verschwunden. Das ist um so mehr zu bedauern, als das Interesse Deutschlands jetzt in einem viel stärkeren Grade in Afrika und Australien engagirt ist als früher. Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhältnisse in unseren und anderen Colonien sind gerade in der Zeit der Colonialbegeisterung von sehr großem Werth. Die Berichte der deutschen Schiffscommandanten haben sich früher stets durch Zuverlässigkeit und kühle Beobachtung ausgezeichnet, und sie werden diese Eigenschaften auch jetzt nicht verloren haben. Um so gerechtfertigter erscheint der Wunsch, daß diese Berichte wenigstens auszugsweise wieder zur Kenntniß des Publicums gebracht werden. Es ist kein gesunder Zustand, daß wir bezüglich der Nachrichten über die Wirksamkeit unserer Schiffe in Asien und Australien auf englische Quellen angewiesen sind."

* Zum Chef des Generalstabs des XIV. Armeecorps ist an Stelle des verunglückten Oberst von der Marwitz der Oberstlieutenant v. Mikusch-Buchberg ernannt worden, der seit 1871 dem Generalstabe angehört und seit 1878 beim X. Armeecorps in Hannover (Prinz Albrecht) commandirt war. Der neuernannte Generalstabschef hieß ursprünglich Meyer und wurde erst 1868 unter dem Namen von Mikusch-Buchberg geadelt; der Armee gehört er seit 1860 an; er stand erst beim 7., dann beim 10. Jägerbataillon, wurde 1869 zum Bureau der Landestriangulation commandirt und während des Feldzuges in den Generalstab versetzt. Oberstlieutenant ist er erst seit dem 26. März d. J.

* Neuerdings haben wieder mehrfache Abcommandirungen preußischer Officiere zum herzogl. Braunschweigischen Infanterie-Regiment Nr. 92 stattgefunden, so daß dasselbe jetzt 19 preußische Officiere Dienst thun; nämlich ein Oberst, ein Oberstlieutenant, ein Major, ein Hauptmann, 7 Premierlieutenants und 9 Secondelieutenants. Umgekehrt ist eine Anzahl braunschweigischer Officiere zur Dienstleistung bei preußischen Regimentern commandirt. Hoffentlich wird mit der Erledigung der Erbfolgefrage in Braunschweig auch die Militairfrage beendet und das braunschweigische Contingent wird definitiv in den Verband der preußischen Armee übernommen.

* Die Regulirung des Nachlasses des verstorbenen Herzogs von Braunschweig hat wiederum einen Schritt vorwärts gethan, dadurch, daß eine Entsiegelung auch des persönlichen Eigenthums im Residenzschlosse zu Braunschweig vorgenommen worden ist. Vermuthlich wird nunmehr auch die noch rückständige Zahlung von Legaten erfolgen. In Wolfenbüttel hat die Kreisdirection eine Broschüre confiscirt lassen, in welcher der durch seine welfischen Agitationen bekannte Rechtsanwalt Dr. Dedekind die Thronrede bespricht. Auf einen dieserhalb von Dr. Dedekind gestellten Antrag, die confiscirten Exemplare den betreffenden Personen zurückstellen zu lassen, ist demselben ein ablehnender Bescheid mit der Begründung zu Theil geworden, daß die Verbreitung der Broschüre mit dem durch Uebernahme der provisorischen Regierung durch den Regentschaftsrath herbeigeführten Rechtszustande im Widerspruch stehe. Die Confiscation hat freilich nicht verhindert, daß die Broschüre jetzt in 13. Auflage erscheint.

* Der neue Präsident des Directoriums der Kirche Augsburgischer Confession in Elsaß-Lothringen, der bisherige Rotar Petri, hat sein Amt mit folgendem Rundschreiben an die geistlichen und weltlichen Mitglieder der Consistorien und Presbyterialräthe angetreten:

Straßburg, 1. Mai 1885. Geehrte Herren! Durch kaiserlichen Erlaß vom 9. März 1885 zum Präsidenten des Directoriums der Kirche Augsburgischer Confession ernannt, trete ich heute mein Amt an und beehre mich hiermit, Ihnen, als meinen Mitarbeitern unter freundlicher Begrüßung, davon amtlich Kenntniß zu geben. Von höchst zuständiger Seite zum Präsidium der oberen Kirchenbehörden berufen, konnte ich mir die Schwierigkeiten dieser Aufgabe eingedenk meiner eigenen Unerfahrenheit, nicht verhehlen. Wenn aber, dessen ohngeachtet, ich mich bereit erklärt habe, meine bisherige bescheidene Thätigkeit aufzugeben, um eine allerdings sehr ehrenvolle aber schwierige Stellung einzunehmen, so geschah es vor Allem deswegen, weil ich es für Pflicht hielt, dem ohne mein Zuthun an mich ergangenen Rufe, im Vertrauen auf meinen Gott, den Herrn der Kirche, einfach Folge zu leisten. Unter Seinem kräftigen Beistand werde ich es wagen, an die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten heranzutreten. Ich gedenke zunächst meines verehrten Amtsvorgängers Herrn Kratz, dessen wohlwollender Zuneigung ich mich allzeit erfreuen durfte. Sie werden gewiß, geehrte Herren, mit mir dem hochgeachteten Manne ein liebevolles Angedenken bewahren. Wenn Sie meine vorherige Thätigkeit sich vergegenwärtigen, so werden Sie es begreiflich befinden, daß ich nicht mit einem fertigen Urtheil über alle Fragen, die vorkommen können, mein neues Amt antrete. Meinen christlichen Ueberzeugungen treu bleibend, werde ich vielmehr die verschiedenen Angelegenheiten nach Maßgabe der Vorlagen mit gewissenhafter Unparteilichkeit, unter Beihilfe und zuverlässiger Mitwirkung meiner verehrten Herren Collegen des Directoriums, prüfen und ohne vorgefaßte Meinung, ohne mich durch fremden Einfluß leiten zu lassen, nach bestem Wissen und Gewissen zu erledigen suchen. Eines aber schwebt mir von vornherein vor, daß es das Endziel all meines Strebens und Wirkens sein soll: ich meine den Frieden in der Kirche. Möge es mir mit Gott gelingen, und mögen auch Sie, geehrte Herren und Mitarbeiter, mir nach Kräften dazu behilflich sein, den Frieden in unserer theuren Kirche zu erhalten und zu befestigen und ihn da wieder herzustellen, wo er zeitweilig gestört ist. Ganz ergebenst Der Präsident des Directoriums: Petri.

* * *